## Bayerische Staatsregierung



Sie befinden sich hier: Startseite > Bundesrat unterstützt Mehrgefahrenversicherung - Kaniber warb in Berlin noch einmal für ihre Initiative

## Bundesrat unterstützt Mehrgefahrenversicherung – Kaniber warb in Berlin noch einmal für ihre Initiative

8. November 2019

Berlin – Erfolgreicher Einsatz in Berlin. Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat die Entscheidung des Bundesrats begrüßt, die Einführung einer geförderten Mehrgefahrenversicherung zu unterstützen. Kaniber hatte sich in der Sitzung der Länderkammer am Freitag noch einmal persönlich dafür stark gemacht. "Dass der Bundesrat meine Initiative für eine Mehrgefahrenversicherung unterstützt, ist für die Bauern und Bäuerinnen ein gutes Signal. Sie wissen: Die Politik ist bereit, das wirtschaftliche Überleben der Betriebe zu sichern", so die Ministerin.

Denn die Landwirtschaft ist immer häufiger Wetterextremen ausgesetzt. Dürre, Starkregen, Stürme, Hagel bedrohten die Ernten. Als Unternehmer müssten die Landwirte selbstverständlich selbst die Verantwortung für das betriebliche Risikomanagement tragen, die Risiken seien infolge des Klimawandels aber kaum noch beherrschbar. "Die Bevölkerung und die Steuerzahler tragen es immer weniger mit, wenn der Staat in immer kürzeren Abständen Ad-hoc-Hilfsprogramme für die Landwirte auflegt. Deshalb müssen wir neue Wege gehen, um die Betriebe bei ihrem Risikomanagement zu unterstützen. Eine Lösung sind Mehrgefahrenversicherungen, deren breite Einführung vom Bund und den Ländern gefördert werden", sagte die Ministerin. Diese Förderung ist für Risiken vorgesehen, für die es noch kein für die Betriebe wirtschaftlich tragbares Versicherungsangebot am Markt gibt oder große Wettbewerbsunterschiede innerhalb der EU bestehen. Ein erster Schritt dazu sei die angekündigte Senkung der Versicherungssteuer für das Dürre-Risiko auf 0,3 Promille der Versicherungssumme.

Kaniber: "Jetzt ist der Bund am Zuge, für diese verantwortungsvolle Lösung Geld bereit zu stellen. Schließlich wird auf Bundesebene der neue Haushalt auch zu Maßnahmen im Rahmen des Klimawandels intensiv beraten."

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers

Inhalt Datenschutz Impressum Barrierefreiheit

